

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Dr. Christian Stocker
Bundeskanzler

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.654.541

Wien, am 30. September 2026

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Disoski, Kolleginnen und Kollegen haben am 30. Juli 2026 unter der Nr. **6742/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Österreichs Beitrag zum European Democracy Shield und zur Bekämpfung ausländischer Informationsmanipulation und Einflussnahme (FIMI)“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Einleitend darf festgehalten werden, dass es sich bei der gegenständlichen Thematik von Desinformation und ausländischer Einflussnahme um eine Querschnittsmaterie handelt, die eine Vielzahl von Ressorts betrifft. Dem Bundeskanzleramt kommt dabei die Aufgabe zu, auf die Wahrung der Einheitlichkeit der allgemeinen Regierungspolitik sowie auf ein einheitliches Zusammenwirken der Bundesministerien in allen politischen Belangen hinzuwirken.

Darüber hinaus darf um Verständnis ersucht werden, dass sensible bzw. der Geheimhaltung unterliegende Angelegenheiten nicht genannt und somit nicht beantwortet werden können.

Zu Frage 1:

1. *Welchen politischen Stellenwert messen Sie der Bekämpfung von Foreign Information Manipulation and Interference (FIMI) im Rahmen Ihrer Verantwortung als Bundeskanzler und Leiter des Bundeskanzleramtes bei?*

Foreign Information Manipulation and Interference (FIMI) stellt eine komplexe Herausforderung für demokratische Gesellschaften sowie eine ernste Bedrohung für die europäische und nationale Sicherheit dar. FIMI bedroht die Integrität des Informationsraums und untergräbt demokratische Institutionen und Prozesse und ist somit auch ein sicherheitspolitisches Thema. Im Regierungsprogramm 2025-2029¹ ist festgehalten, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa besser vor feindlichen Angriffen von außerhalb geschützt werden sollen und dass Österreichs Resilienz gegen hybride Bedrohungen, Beeinflussung und Desinformation zu stärken ist. Daher verfolgt Österreich auch einen präventiven Ansatz zur Stärkung gesellschaftlicher Resilienz, um die Anfälligkeit für FIMI zu reduzieren und die Integrität demokratischer Entscheidungsprozesse sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu bewahren.

Zu Frage 2:

2. *Welche konkreten politischen Ziele verfolgt die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem European Democracy Shield?*
 - a. *Wurden diese Ziele schriftlich festgelegt?*
 - b. *Wenn ja, in welchem Dokument?*
 - c. *Wenn nein, warum nicht?*

Die Zuständigkeit hinsichtlich European Democracy Shield (EDS) liegt bei der Bundesministerin für Europa, Integration und Familie; dennoch wird kurz auf die Fragen eingegangen.

Ziel des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie (EDS) ist die Stärkung der demokratischen Resilienz der EU Mitgliedsstaaten und Institutionen. Daher stehen neben der Bekämpfung von FIMI zur Wahrung der Integrität des Informationsraums auch die Stärkung demokratischer Institutionen, freier und fairer Wahlen sowie freier und unabhängiger Medien im Fokus. Auch aus österreichischer Sicht ist dieser ganzheitliche Ansatz wesentlich,

¹ https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:8d78b028-70ba-4f60-a96e-2fca7324fd03/Regierungsprogramm_2025-2029.pdf

um den vielfältigen gegenwärtigen Herausforderungen für die Demokratie entschlossen zu begegnen.

Die Mitteilung zum Democracy Shield wurde Ende 2025 vorgelegt, und die diesbezüglichen Arbeiten, inkl. das Centre for Democratic Resilience, sind derzeit im Aufbau.

Die Ziele und Maßnahmen sind in der EU-Jahresvorschau 2026 (Bericht BK/BMEIF)², im Regierungsprogramm 2025-2029 sowie in der Österreichischen Sicherheitsstrategie 2024³ schriftlich festgelegt.

Zu den Fragen 3, 7, 25 und 31:

3. *Verfügt die Bundesregierung über eine ressortübergreifende nationale Strategie beziehungsweise einen Aktionsplan zum Umgang mit FIMI?*
 - a. *Wenn ja, seit wann, welche Ressorts und nachgeordneten Stellen waren an der Erstellung beteiligt, welche konkreten Ziele, Maßnahmen und Zeitpläne enthält diese Strategie beziehungsweise dieser Aktionsplan und ist eine Veröffentlichung vorgesehen?*
 - b. *Wenn nein, warum wurde bislang keine gesamtstaatliche Strategie erarbeitet und bis wann ist deren Erstellung geplant?*
7. *Gibt es eine schriftlich festgelegte Zuständigkeits- beziehungsweise Koordinierungsstruktur für den Fall einer größeren, Österreich betreffenden FIMI-Kampagne?*
 - a. *Wenn ja, seit wann und wie ist sie ausgestaltet?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*
25. *Verfügt die Bundesregierung über definierte Kriterien, ab wann eine FIMI-Kampagne als gesamtstaatlich relevante Bedrohung eingestuft wird?*
 - a. *Wenn ja, welche Kriterien sind dies?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*
31. *Gibt es für bevorstehende österreichische Wahl- oder Abstimmungsprozesse einen standardisierten Mechanismus zur frühzeitigen Erkennung und ressortübergreifenden Behandlung ausländischer Informationsmanipulation?*
 - a. *Wenn ja, wie ist dieser ausgestaltet?*
 - b. *Wenn nein, ist die Einrichtung eines solchen Mechanismus geplant?*

² https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVIII/III/298/imfname_1737287.pdf

³ https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:941a3cb3-7320-4c31-a4d2-3307f57faad3/sicherheitsstrategie_oesterreich_2024.pdf

Österreich verfügt mit dem 2024 neu geschaffenen Bundes-Krisensicherheitsgesetz (B-KSG) über vordefinierte Strukturen zur gesamtstaatlichen Feststellung des Vorliegens, der Abwehr und Bewältigung einer Krise. Die unterschiedlichen Ebenen der im B-KSG definierten Strukturen sind in ihrer Funktionsweise und ressortübergreifenden Zusammenarbeit erprobt und voll funktionstüchtig. Hierbei wurden Gremien und Strukturen zur laufenden Analyse und Beurteilung des Vorliegens einer gesamtstaatlichen Krise eingerichtet. Die Kriterien hierfür sind ebenfalls im B-KSG definiert.

Erreichen FIMI-Aktivitäten in bzw. gegen Österreich ein Ausmaß, dass diese Kriterien erfüllt sind, wird eine Krise gemäß B-KSG festgestellt. Das B-KSG definiert im Falle des Vorliegens einer Krise die Einrichtung des Bundes-Krisensicherheitskabinetts zur gesamthaften strategischen Koordination von Fragen der Krisenvorsorge und -bewältigung sowie des Koordinationsgremiums zur Beratung und Unterstützung der obersten Organe des Bundes und des Bundes-Krisensicherheitskabinetts sowie der Koordination der operativen Maßnahmen zur Bewältigung einer Krise, der Entscheidungsvorbereitung und der Öffentlichkeitsarbeit.

Im Rahmen der Kerngruppe FIMI wurde ein interministerieller Ablauf im Falle einer FIMI Kampagne gegen Österreich festgelegt.

Im Zuge der laufenden Überarbeitung der aktuellen Österreichischen Sicherheitsstrategie 2024 wurde festgelegt, dass Österreich seinen Ansatz zur Abwehr von Desinformation auf Grundlage der bisherigen Erfahrungen auch gesamtstaatlich weiterentwickeln soll.

Zu Frage 4:

4. *Tragen Sie als Bundeskanzler die politische Gesamtverantwortung für die Koordination der österreichischen Maßnahmen gegen FIMI?*
 - a. *Wenn ja: Wie nehmen Sie diese Verantwortung wahr?*
 - b. *Wenn nein: Welches Mitglied der Bundesregierung trägt diese Verantwortung? Welche Ressorts und nachgeordneten Stellen sind aus welchen Gründen operativ beteiligt?*

Wie einleitend ausgeführt kommt dem Bundeskanzleramt die Aufgabe zu, auf die Wahrung der Einheitlichkeit der allgemeinen Regierungspolitik sowie auf ein einheitliches Zusammenwirken der Bundesministerien in allen politischen Belangen hinzuwirken.

Zu den Fragen 5, 6, 8 bis 14, 3 und 4:

5. *Welche konkreten Koordinierungsaufgaben nehmen Sie beziehungsweise das Bundeskanzleramt im Bereich FIMI sowie bei der nationalen Umsetzung des European Democracy Shield wahr?*
6. *Wie sind die Zuständigkeiten innerhalb des Bundeskanzleramtes, insbesondere zwischen Ihnen und der Bundesministerin für Europa, Integration und Familie, sowie gegenüber den übrigen an der Kerngruppe FIMI beteiligten Ressorts abgegrenzt? Bitte gehen Sie dabei insbesondere auf*
 - a. *den BKA-Informationsdienst (Abteilung 1/13),*
 - b. *die Abteilung IV/6 (Sicherheitspolitik),*
 - c. *das Krisensicherheitsbüro,*
 - d. *die interministerielle Plattform zur Desinformation,*
 - e. *die Kerngruppe FIMI sowie*
 - f. *die Arbeitsgruppe Hybrid ein.*
8. *Welche konkreten Ergebnisse hat die interministerielle Kerngruppe FIMI seit ihrer Errichtung in den bislang 26 Sitzungen erzielt?*
 - a. *Wie viele konkrete Empfehlungen wurden erarbeitet?*
 - b. *Wie viele dieser Empfehlungen wurden umgesetzt?*
 - c. *Welche Maßnahmen wurden aufgrund dieser Empfehlungen gesetzt?*
 - d. *Welche Empfehlungen befinden sich noch in Umsetzung?*
 - e. *Welche Empfehlungen wurden nicht umgesetzt und aus welchen Gründen?*
9. *Welche Ressorts beziehungsweise Behörden nehmen regelmäßig an der interministeriellen Kerngruppe FIMI teil?*
10. *In welcher Form werden Beschlüsse, Empfehlungen oder Arbeitsergebnisse der interministeriellen Kerngruppe FIMI dokumentiert?*
11. *Wem werden die Ergebnisse der interministeriellen Kerngruppe FIMI auf politischer Ebene berichtet?*
12. *Wie oft wurden Sie seit Ihrem Amtsantritt persönlich über die Arbeit der interministeriellen Kerngruppe FIMI informiert?*
 - a. *Zu welchen Anlässen erfolgte diese Berichterstattung?*
 - b. *Welche wesentlichen Inhalte wurden dabei behandelt?*
13. *Welche Unterschiede bestehen hinsichtlich Auftrag, Zusammensetzung und Aufgaben zwischen*
 - a. *der interministeriellen Plattform zur Desinformation,*
 - b. *der interministeriellen Kerngruppe FIMI und*
 - c. *der interministeriellen Arbeitsgruppe Hybrid?*

14. *Welche konkreten Ressourcen stehen in Ihrem Wirkungsbereich in den Jahren 2025, 2026, 2027 und 2028 für Maßnahmen gegen FIMI, Desinformation und ausländische Einflussnahme zur Verfügung?*
- a. *Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr, Budgetposition und Maßnahme.
Bitte um Angabe der jeweils eingesetzten Vollzeitäquivalente.*
3. *Warum wird die Bekämpfung von FIMI beziehungsweise die Stärkung demokratischer Resilienz in den Budgetunterlagen des Bundeskanzleramtes nicht durch eine eigene Wirkungskennzahl transparent abgebildet?*
4. *Planen Sie, für die kommenden Budgetjahre eigene Wirkungsziele, Kennzahlen oder transparente Budgetausweisungen für Maßnahmen gegen FIMI und zur Umsetzung des European Democracy Shield vorzusehen?*
- a. *Wenn ja, welche?*
- b. *Wenn nein, warum nicht?*

Im Rahmen der laufenden Kommunikationsinitiativen des Bundeskanzleramtes zur Arbeit der Bundesregierung und der Europakommunikation ist die Stärkung der demokratischen Resilienz zentraler Bestandteil. Darüber hinaus wurden auch bereits spezifische Informationsinitiativen mit Fokus zum Kampf gegen Desinformation umgesetzt u.a. im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament (s. Kampf gegen Desinformation - Bundeskanzleramt Österreich).

Das Krisensicherheitsbüro im Bundeskanzleramt unterstützt den Berater der Bundesregierung für nationale Sicherheit, staatliche Resilienz, umfassende Landesverteidigung, Krisenvorsorge und Krisenbewältigung bei seinen Aufgaben innerhalb der bei Frage 3 dargestellten Strukturen des B-KSG. Darüber hinaus kann es bei sicherheitsrelevanten Themenstellungen beratend tätig sein.

Im Rahmen des Social-Media-Monitorings der Abteilung Informationsdienst im Bundeskanzleramt werden öffentlich zugängliche Beiträge und Inhalte aus sozialen Netzwerken sowie weitere offene Online-Quellen beobachtet und ausgewertet.

Die Abteilung Sicherheitspolitik im Bundeskanzleramt koordiniert, gemeinsam mit dem BMEIA, den österreichischen Input für die Ratsarbeitsgruppe Hybride Bedrohungen, das ECDR, die Kerngruppe FIMI und die Arbeitsgruppe Hybrid.

Die interministerielle Plattform zu FIMI dient dem zeitnahen Austausch von Beobachtungen, der gegenseitigen Information über aktuelle Entwicklungen sowie der Weitergabe relevanter Analysen und öffentlich verfügbarer Informationen.

Darüber hinaus hat sich auf Ebene der Staats- und Regierungschefs der Europäische Rat (ER) mehrmals zum Thema Desinformation/ FIMI insbesondere im Kontext hybrider Bedrohungen geäußert, u.a.:

- ER am 17./18.4.2024 betonte die Entschlossenheit der EU, gegen Desinformation und ausländische Einflussnahme im Zusammenhang mit den Wahlen vorzugehen;
- ER vom 27.6.2024: Bekräftigung eines geeinten und entschlossenen EU-Vorgehens und einer EU-Reaktion, Aufforderung an Rat zu raschen Fortschritten bei Arbeiten an neuem Sanktionenregime iG hybride Bedrohungen, inkl. Desinformation. (Anm.: seit 8.10.2024 ist ein solches in Bezug auf Russland in Kraft)
- ER vom 26.6.2025: Verurteilung aller hybriden Aktivitäten, insbes. der fortgesetzten hybriden Kampagne Russlands (u.a. Cyberangriffe, FIMI, Untergrabung von Wahlprozessen);
- ER am 18.12.2025: Betonung der Notwendigkeit, gegen Desinformation und FIMI vorzugehen, Hervorhebung der rechtlichen Verantwortung der Plattformen, Bekräftigung der digitalen Regelungsautonomie der EU;
- ER am 19.3.2026: Aufforderung an die EK, die DSA-Instrumente voll zu nutzen und um Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen hybride Aktivitäten, insbes. FIMI, inkl. Einflussnahme ausländischer privater Akteure auf Wahlprozesse.

Die laufenden politischen Beratungen zum European Democracy Shield finden auf Ministerebene im Rat Allgemeine Angelegenheiten (RAA) statt, der sich seit der Präsentation des European Democracy Shield durch die Europäische Kommission und die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Ende November 2025 bei mehreren Tagungen mit der Thematik befasst hat.

Die zusammenfassende allgemeine Behandlung des European Democracy Shield auf Arbeitsebene erfolgt in der Ratsarbeitsgruppe Allgemeine Angelegenheiten (RAG), die durch das BKA koordiniert wird.

Die Behandlung der Thematik FIMI auf Arbeitsebene erfolgt im BKA gemeinsam mit dem BMEIA beschickten Horizontalen Arbeitsgruppe „Stärkung der Resilienz und Abwehr hybrider Bedrohungen“ (HWP ERCHT). In diesem Gremium werden unter anderem auch hybride Bedrohungen, FIMI und andere Bedrohungsformen behandelt.

Je nach Beratungsgegenstand erfolgt die Behandlung fachspezifischer Dossiers im Zusammenhang mit FIMI in anderen Ratsarbeitsgruppen, deren Koordinierung teils anderen Bundesministerien obliegt.

Das Centre for Democratic Resilience (ECDR) befindet sich derzeit im Aufbau und wird seitens Österreich koordinierend begleitet und unterstützt.

Aufgrund der verstärkten Bedeutung des Themas, insbesondere von Seiten der EU, wurde seit Ende 2023 die interministerielle Zusammenarbeit im Bereich Beobachtung, Reaktion auf und Bekämpfung von FIMI/ Desinformation gestärkt. Es wurden folgende Plattformen eingerichtet:

- Die Kerngruppe FIMI ist als interministerielle Plattform für den laufenden Informationsaustausch zwischen den hauptbetroffenen und im Nationalen Sicherheitsrat vertretenen Ressorts auf Arbeitsebene konzipiert. Es wurden keine Empfehlungen i.S.d. Fragestellung beschlossen. Der regelmäßige Austausch hat wesentlich dazu beigetragen, die interministerielle Zusammenarbeit im Bereich FIMI zu stärken, Beobachtungen und Zielsetzungen möglichst zügig auszutauschen und ein gemeinsames Verständnis zur jeweiligen Situation zu entwickeln. Zu den konkreten Ergebnissen zählen insb. die Festlegung eines interministeriellen Ablaufs im Falle einer FIMI-Kampagne gegen Österreich (vgl. Antwort zu Frage 3) sowie die Abstimmung österreichischer Teilnahme für die Arbeiten auf EU-Ebene, etwa i.R.d. ECDR und des EU-Blueprints zur Bekämpfung von FIMI.
- Die Arbeitsgruppe *Hybride Bedrohungen* wurde 2019 ins Leben gerufen, um eine regelmäßige interministerielle und gesamtstaatliche Behandlung der gesamten thematischen Palette hybrider Bedrohungen auf strategischer Policy-Ebene mit Fokus auf EU Themen sicherzustellen.

Im Wirkungsbereich des Bundeskanzleramts wird der Bereich FIMI aus den bestehenden Ressourcen abgedeckt.

Zu Frage 15:

15. Welche zusätzlichen finanziellen Mittel wurden seit der Vorstellung des European Democracy Shield für entsprechende Maßnahmen in Ihrem Wirkungsbereich vorgesehen?

Seit der Vorstellung des European Democracy Shield im November 2025 wurden im Wirkungsbereich des BKA keine gesonderten zusätzlichen Budgetmittel vorgesehen. Die Mitwirkung Österreichs am European Democracy Shield sowie am Europäischen Zentrum für demokratische Resilienz (ECDR) ist mit keinen unmittelbaren finanziellen Aufwendungen für den Bund verbunden, da die Tätigkeit des ECDR aus Mitteln der Europäischen Kommission finanziert wird.

Dies betrifft insbesondere folgende Bereiche:

- **Aus- und Fortbildung:** Die vom ECDR angebotenen Kurse stehen den teilnehmenden Mitgliedstaaten offen. Die damit verbundenen Kosten werden zur Gänze von der Europäischen Kommission getragen.
- **Projekte:** Den teilnehmenden Mitgliedstaaten steht die Möglichkeit offen, im Rahmen des Zentrums Projekte einzureichen. Deren Finanzierung erfolgt durch die Europäische Kommission. Österreich hat die Absicht, hier auf Basis bestehender Arbeiten, Projekte einzureichen.

Zu Frage 16:

- 16. Trifft es zu, dass wesentliche Aufgaben im Bereich FIMI und Desinformation weiterhin im Rahmen bestehender Budgetmittel und Personalressourcen erfüllt werden?*
- a. Wenn ja, welche neuen Aufgaben sind seit 2024 hinzugekommen?*
 - b. Welche bestehenden Aufgaben wurden reduziert oder zurückgestellt, um diese neuen Aufgaben wahrnehmen zu können?*
 - c. Wie viele zusätzliche Planstellen wurden für diese Aufgaben geschaffen?*

Ja. Hinzugekommen sind die Beobachtung und Auswertung öffentlich zugänglicher Medien sowie die aktive Teilnahme an nationalen und internationalen Formaten zur Analyse und Gegensteuerung von Entwicklungen im Bereich FIMI.

Seit dem Jahr 2024 sind im Zuge des Ausbaus der Fähigkeiten zur Erkennung und Eindämmung von FIMI, insbesondere im Zusammenhang mit der europäischen Ebene, zusätzliche Aufgabenbereiche aufgekommen. Diese umfassen:

- Zu betreuende und koordinierende Tätigkeiten iZm den regelmäßigen Treffen auf EU Ebene sowie der Kerngruppe FIMI.
- ECDR: Koordinierende Tätigkeiten im Rahmen der Etablierung des ECDR sowie Ausarbeitung von österreichischem Input zu den Arbeiten des ECDR und dahingehender Austausch mit den anderen thematisch befassten Ressorts.

- Beteiligung an EU- und internationalen Initiativen und Netzwerken, im Rahmen derer den Bedrohungen durch FIMI entgegengewirkt werden soll. Dazu zählt u. a. das EU Rapid Alert System (RAS)

Zu den Fragen 17 und 18:

- 17. Halten Sie die bloße Bedeckung neuer Aufgaben zur Bekämpfung von FIMI aus bestehenden Budget- und Personalressourcen angesichts der zunehmenden politischen Bedeutung dieses Themenfeldes für ausreichend?*
- a. Wenn ja, auf Grundlage welcher Analyse?*
 - b. Wenn nein, welche zusätzlichen Ressourcen werden Sie vorsehen beziehungsweise beim Bundesministerium für Finanzen einfordern?*
- 18. Wurde seitens des Bundeskanzleramtes eine personelle und finanzielle Bedarfsanalyse für die österreichische Mitwirkung am European Democracy Shield beziehungsweise am European Centre for Democratic Resilience durchgeführt?*
- a. Wenn ja, wann bzw. zu welchem Ergebnis kam diese?*
 - b. Wenn nein, warum nicht?*

Österreich hat sich im Rahmen der von der Europäischen Kommission durchgeführten Konsultation zum Democracy Shield für Ressourcenneutralität und Vermeidung von Duplizierung bestehender Strukturen eingesetzt. Dies wurde von der Europäischen Kommission berücksichtigt. Insofern bestand keine Notwendigkeit zur Durchführung einer personellen und finanziellen Bedarfsanalyse. Der innerösterreichische personelle und finanzielle Ressourcenbedarf wird laufend im Rahmen der regulären Personal- und Budgetplanung beobachtet.

Zu Frage 19:

- 19. Welche konkreten personellen, finanziellen oder organisatorischen Beiträge wird Österreich zum European Centre for Democratic Resilience leisten?*

Österreich ist teilnehmender Mitgliedstaat des ECDR und wirkt an dessen Formaten durchgehend und aktiv mit. In organisatorischer Hinsicht wird Österreich auch in Zukunft an den Treffen der nationalen Kontaktstellen sowie an den hochrangigen technischen Treffen teilnehmen.

- In personeller Hinsicht erfolgt die Mitwirkung durch Bedienstete der zuständigen Organisationseinheiten im Rahmen ihrer bestehenden Aufgaben.
- In finanzieller Hinsicht werden keine gesonderten österreichischen Beiträge geleistet; die Tätigkeit des ECDR wird aus Mitteln der Europäischen Kommission finanziert.

Zu Frage 20:

20. Welche österreichische Stelle ist beziehungsweise soll als zentrale nationale Ansprechpartnerin für das European Centre for Democratic Resilience fungieren?

- a. Welche Aufgaben wird diese Stelle wahrnehmen?*
- b. Wie wird ihre Zusammenarbeit mit den übrigen beteiligten Ressorts organisiert?*

Als zentrale Ansprechstellen fungieren zuständige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundeskanzleramts und des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten.

Die Ansprechstellen nehmen die Funktion des nationalen Kontaktpunkts gegenüber der Europäischen Kommission und dem ECDR wahr. Dies umfasst die Teilnahme an den Treffen der nationalen Kontaktstellen, die Weiterleitung und Aufbereitung einlangender Informationen sowie die Bündelung österreichischer Beiträge zur Arbeit des Zentrums. Die Zusammenarbeit mit den übrigen beteiligten Ressorts erfolgt über die bestehenden Kommunikationswege.

Die Tagesordnungen sowie Protokolle der ECDR Treffen sind auf der Website der Europäischen Kommission zugänglich.

Zu Frage 21:

21. An welchen politischen Beratungen auf europäischer Ebene zum European Democracy Shield haben Sie seit Ihrem Amtsantritt persönlich teilgenommen?

- a. Bitte um Angabe von Datum, Anlass und Teilnehmer:innenkreis*
- b. Welche österreichischen Positionen haben Sie dabei vertreten?*

Im Rahmen der Tagung des Europäischen Rates am 18. Dezember 2025 fand ein Austausch der Staats- und Regierungschefs zum Kampf gegen Desinformation und FIMI statt, in dem auch auf das European Democracy Shield Bezug genommen und die Bedeutung der Stärkung der demokratischen Widerstandsfähigkeit Europas einhellig betont wurde.

Als Ergebnis der Diskussion hielt der Europäische Rat in seinen Schlussfolgerungen fest, dass freie und pluralistische Medien geschützt werden müssen und Plattformen eine rechtliche Verantwortung bei der Bekämpfung der Verbreitung von Desinformation und illegalen Inhalten tragen.

Zu Frage 22:

22. Welche konkreten Initiativen, Non-Paper, gemeinsamen Erklärungen oder sonstigen politischen Vorstöße hat Österreich seit Ihrem Amtsantritt auf EU-Ebene zum Schutz vor FIMI initiiert oder mitinitiiert?

- a. Bitte um kurze Beschreibung der jeweiligen Initiative.*
- b. Welche davon wurden auf europäischer Ebene weiterverfolgt?*

Österreich bringt sich aktiv in die inhaltliche Arbeit des ECDR ein und wirkt auch an den weiteren Aufbauarbeiten des ECDR mit, konkret etwa durch umfangreiche Inputs zur Ausarbeitung eines EU-Blueprints zur Bekämpfung von FIMI, der maßgeblich zur Resilienzstärkung und einer koordinierten Reaktion der EU auf FIMI beitragen soll.

Beim Rat Allgemeine Angelegenheiten am 24. Februar 2026 wurde von Österreich und Ungarn ein gemeinsames Non-Paper mit dem Titel „Strengthening European Cooperation against Non-Violent Extremism, Foreign Influence, and Online Radicalisation“ eingebracht und präsentiert.

Zu Frage 23:

23. Mit welchen EU-Mitgliedstaaten arbeitet Österreich im Bereich FIMI und demokratische Resilienz besonders eng zusammen? In welchen konkreten Projekten oder Formaten erfolgt diese Zusammenarbeit?

Die österreichische Zusammenarbeit im Bereich FIMI und demokratische Resilienz erfolgt vorrangig in etablierten multilateralen Formaten und ist nicht auf einzelne Mitgliedstaaten beschränkt. Die wesentlichen Formate sind:

- EU: die Horizontale Arbeitsgruppe „Stärkung der Resilienz und Abwehr hybrider Bedrohungen“ (HWP ERCHT) als vorbereitendes Gremium des Rates der Europäischen Union, in der die ressortübergreifende österreichische Position vertreten wird;
- EU: das Rapid Alert System (RAS), über das ein laufender Informationsaustausch zu FIMI und Desinformation zwischen den Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen erfolgt;
- EU plus Beitrittskandidaten: das ECDR, das als Drehscheibe für die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und weiteren Akteuren konzipiert ist;
- das Europäische Kompetenzzentrum für die Abwehr hybrider Bedrohungen (Hybrid CoE), an dem Österreich – federführend durch das BMLV – beteiligt ist.

Zu Frage 24:

24. Welche konkreten Ziele verfolgt Österreich im Rahmen des Rapid Alert System?

- a. Wie viele Meldungen beziehungsweise Informationen hat Österreich in den Jahren 2024, 2025 und 2026 aktiv in das System eingebracht?*
- b. Wie viele Meldungen aus dem Rapid Alert System wurden im selben Zeitraum von österreichischen Stellen näher geprüft?*
- c. In wie vielen Fällen führten entsprechende Informationen zu konkreten Maßnahmen österreichischer Stellen?*

Das Rapid Alert System (RAS) des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) dient dem informellen Informationsaustausch zwischen den EU-Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen zu nicht-klassifizierten FIMI-Aktivitäten. Ziel des Netzwerks ist es, Erkenntnisse über FIMI-Aktivitäten und hybride Bedrohungen zeitnah auszutauschen, gemeinsame Lagebilder zu unterstützen sowie die Zusammenarbeit der nationalen Kontaktstellen zu stärken.

Das Rapid Alert System (RAS) des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) dient dem informellen Informationsaustausch zwischen den EU-Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen zu nicht-klassifizierten FIMI-Aktivitäten. Ziel des Netzwerks ist es, Erkenntnisse über FIMI-Aktivitäten und hybride Bedrohungen zeitnah auszutauschen, gemeinsame Lagebilder zu unterstützen sowie die Zusammenarbeit der nationalen Kontaktstellen zu stärken.

Österreich profitiert laufend von den im Netzwerk eingebrachten Informationen und Erfahrungen der anderen Mitgliedstaaten sowie vom Austausch bewährter Verfahren und aktueller Entwicklungen im Bereich FIMI.

Zu Frage 26:

26. Werden regelmäßig gesamtstaatliche beziehungsweise ressortübergreifende Lagebilder zu FIMI erstellt?

- a. Wenn ja, in welchen Abständen und welche Stellen wirken daran mit?*
- b. Werden diese Lagebilder den zuständigen Mitgliedern der Bundesregierung übermittelt?*
- c. Wird zumindest eine nicht klassifizierte Zusammenfassung veröffentlicht?*
- d. Wenn nein: warum nicht?*

Gemäß B-KSG werden zweimal jährlich gesamtstaatliche strategische Lagebilder durch den Berater der Bundesregierung für nationale Sicherheit, staatliche Resilienz, umfassende Lan-

desverteidigung, Krisenvorsorge und Krisenbewältigung erstellt und an die Bundesregierung übergeben. Diese behandeln zyklisch einerseits einen vollumfänglichen Blick auf die staatliche Resilienz und Krisenvorsorge Österreichs sowie andererseits fokussierte Themenstellungen.

Das erste der beiden Lagebilder für das Jahr 2026 hat sich auch mit dem Schwerpunktthema „Hybride Bedrohungen“ beschäftigt. Der Bereich FIMI wurde als Teil dieses Schwerpunktthemas „Hybride Bedrohungen“ betrachtet und gesamtstaatlich analysiert. Eine nicht klassifizierte Version dieses Lagebilds ist auf der Website des Bundeskanzleramts abrufbar.

Zu den Fragen 27 und 28:

- 27. Welche konkreten Erkenntnisse liegen dem Bundeskanzleramt über FIMI-Kampagnen vor, die seit Beginn des Jahres 2025 gezielt*
- a. das Vertrauen in die Europäische Union,*
 - b. die österreichische Unterstützung der Ukraine,*
 - c. demokratische Institutionen oder*
 - d. Wahl- und Abstimmungsprozesse*
- in Österreich beeinflussen sollten?*
- 28. Welche konkreten Maßnahmen wurden aufgrund dieser Erkenntnisse in Ihrem Wirkungsbereich gesetzt?*

Beobachtungen öffentlich zugänglicher Beiträge und Inhalte aus sozialen Netzwerken sowie weiteren offenen Online-Quellen werden mit den zuständigen Sicherheitsabteilungen und -organisationen wie z. B. im Rahmen der interministeriellen Kerngruppe geteilt. Des Weiteren darf auf das gesamtstaatliche Lagebild verwiesen werden.

Zu Frage 29:

- 29. Wurden seit 2024 ressortübergreifende Übungen oder Simulationen zur Reaktion auf eine größere Desinformations- beziehungsweise FIMI-Kampagne durchgeführt?*
- a. Wenn ja, wann, mit welchen Ergebnissen bzw. welche Ressorts und Behörden nahmen teil?*
 - b. Wenn nein, warum nicht?*

Am 2. und 5. April 2024 wurden ein Training und eine praxisbezogene Übung zu Desinformation im Kontext von Wahlen abgehalten. Alle Ressorts wurden dazu eingeladen.

Zu Frage 30:

- 30. Wie wird der Nationalrat regelmäßig über*
- a. die FIMI-Lage in Österreich,*
 - b. die Mitwirkung am European Democracy Shield,*
 - c. die Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedstaaten sowie*
 - d. die Umsetzung der nationalen Maßnahmen informiert?*
 - e. Ist ein jährlicher öffentlicher Bericht vorgesehen?*
 - f. Wenn nein, warum nicht?*

Die Information des Nationalrats erfolgt im Rahmen der verfassungsrechtlich vorgesehenen Instrumente.

Im Rahmen der Informationspflichten in EU-Angelegenheiten werden sämtliche Berichte und Dokumente zu den Sitzungen des AStV und der RAG Allgemeine Angelegenheiten dem Nationalrat im Wege der EU-Datenbank des Parlaments übermittelt.

Zu den Fragen 32 und 33:

- 32. Welche Rolle spielen unabhängige Wissenschaft, Fact-Checking Organisationen, Medien und Zivilgesellschaft in der österreichischen FIMI-Strategie?*
- 33. Welche regelmäßigen strukturierten Austauschformate bestehen zwischen der Bundesregierung und unabhängigen Forscher:innen beziehungsweise zivilgesellschaftlichen Organisationen im Bereich FIMI und Desinformation?*

Es werden Berichte, Studien und sonstige Veröffentlichungen nationaler und internationaler wissenschaftlicher Einrichtungen, Fact-Checking-Organisationen, Medien sowie einschlägiger Organisationen regelmäßig in die fachliche Arbeit miteinbezogen. Diese dienen der Ergänzung eigener Erkenntnisse, der Unterstützung der Lagebeurteilung sowie der Beobachtung aktueller Entwicklungen im FIMI-Bereich.

In die Erstellung der bei Frage 26 beschriebenen gesamtstaatlichen Lagebilder gem. B-KSG sind unabhängige Forscherinnen und Forscher miteingebunden. Diese werden durch die Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW) ausgewählt und wirken im Sinne der gesamtstaatlichen und vor allem interdisziplinären Betrachtung der behandelten Themen bei der Erstellung der Lagebilder mit.

Der Bekämpfung von FIMI und Desinformation liegt ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz zugrunde. Unabhängige Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft leisten dabei einen wesentlichen Beitrag, insbesondere durch Forschung, Einordnung und Aufklärung sowie durch die Stärkung der Medienkompetenz.

Ein strukturierter Austausch mit unabhängigen Forscherinnen und Forschern erfolgt unter anderem im Rahmen der Aktualisierung der Österreichischen Sicherheitsstrategie sowie den Sicherheitsforschungsprogramme KIRAS und FORTE, in denen Ressorts als Bedarfsträger mit Forschungseinrichtungen zusammenarbeiten. Im Rahmen der Ausarbeitung des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie hat die Europäische Kommission eine umfassende öffentliche Konsultation organisiert.

Auf europäischer Ebene wird beim ECDR zudem eine Stakeholder-Plattform eingerichtet werden, über die unabhängige Akteure wie zivilgesellschaftliche Organisationen, Forschung und Wissenschaft ihre Expertise in die Arbeit des ECDR einbringen werden können.

Zu den Fragen 34, 5 und 6:

- 34. Welche finanziellen Mittel stehen in den Jahren 2025 bis 2028 für unabhängige Forschung, Fact-Checking, Medienkompetenz und zivilgesellschaftliche Projekte zur Stärkung der demokratischen Resilienz zur Verfügung?*
- a. Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr, Förderprogramm und Ressort, soweit dem Bundeskanzleramt bekannt beziehungsweise von diesem koordiniert.*
- 5. Wie hoch ist der konkrete Anteil der Mittel des Detailbudgets 10.01.03 „Informationsstätigkeit“, der in den Jahren 2025 bis 2028 für*
- a. EU-Kommunikation,*
- b. Maßnahmen gegen Desinformation,*
- c. Stärkung demokratischer Resilienz und*
- d. sonstige Informationsmaßnahmen über europäische Initiativen verwendet wurde beziehungsweise vorgesehen ist?*
- 6. Wie erklären Sie, dass angesichts der wachsenden Herausforderung durch Desinformation und FIMI keine nachvollziehbare budgetäre Ausweitung der Europakommunikation und demokratischen Resilienzkommunikation erkennbar ist?*

Die angefragten Mittel im Detailbudget 10.01.03 sind den bereits veröffentlichten Teilheften und Verzeichnissen veranschlagter Konten der jeweils bereits beschlossenen Bundesfinanzgesetze für die Jahre 2025ff zu entnehmen.

Im Jahr 2025 sind für EU-Kommunikation Kosten in Höhe von 70.018,77 Euro angefallen. Für Maßnahmen gegen Desinformation entstanden im Jahr 2025 Kosten in Höhe von 3.084,40 Euro, welche ebenfalls für die Jahre 2026 bis 2028 zu erwarten sind.

Zusätzliche Maßnahmen in diesen Bereichen sind für die Jahre 2026 bis 2028 zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbar.

Zu Frage 1:

1. *Wie stellen Sie sicher, dass staatliche Maßnahmen gegen Desinformation und FIMI die Meinungs- und Medienfreiheit achten und nicht zu einer staatlichen Bewertung legitimer politischer Meinungen führen?*

Österreich verfolgt einen Ansatz im Einklang mit der relevanten EU Gesetzgebung, und legt Wert auf die Einhaltung der Grundrechte, Transparenz, Freiwilligkeit und Achtung redaktioneller sowie wissenschaftlicher Unabhängigkeit. Ziel ist die Vermeidung von negativer Einflussnahme, nicht die Einschränkung legitimer Meinungsvielfalt. Im Mittelpunkt stehen vielmehr die Stärkung von Informationsintegrität, Medienkompetenz und demokratischer Resilienz.

Zu Frage 2:

2. *Welche messbaren Indikatoren verwendet das Bundeskanzleramt, um den Erfolg österreichischer Maßnahmen gegen FIMI und zur Stärkung demokratischer Resilienz zu beurteilen?*

Die Wirksamkeit der Maßnahmen wird laufend im Rahmen der ressortübergreifenden Formate beurteilt, insbesondere im Hinblick darauf, ob relevante Vorfälle rechtzeitig erkannt, gesamtstaatlich zugeordnet und abgestimmt behandelt werden konnten. Insbesondere Erfahrungen aus der europäischen Zusammenarbeit fließen dabei ein.

Zu Frage 7:

7. *Sind Sie der Auffassung, dass Österreich gegenwärtig ausreichend auf eine koordinierte, groß angelegte ausländische Informationsmanipulations- und Einflussoperation vorbereitet ist?*
 - a. *Wenn ja, auf welche konkrete Evaluierung oder Bedarfsanalyse stützen Sie diese Einschätzung?*
 - b. *Wenn nein, welche wesentlichen Lücken bestehen derzeit und bis wann sollen diese geschlossen werden?*

Internationale Entwicklungen zeigen, dass FIMI Kampagnen ein erhebliches Ausmaß erreichen können und ein hohes Maß an gesamtstaatlicher Resilienz und ressortübergreifender Koordination erfordern.

Die bestehenden Strukturen und Verfahren werden daher laufend an die aktuellen Entwicklungen sowie im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit, unter anderem im ECDR, angepasst. Im Rahmen der laufenden Überarbeitung der Österreichischen Sicherheitsstrategie wurde ua. festgehalten, dass Österreich seinen Ansatz zur Abwehr von Desinformation auf Grundlage der bisherigen Erfahrungen ebenso gesamtstaatlich weiterentwickeln soll.

Dr. Christian Stocker

	Unterzeichner	serialNumber=734173660,CN=Bundeskanzleramt,C=AT
	Datum/Zeit	2026-09-30T16:10:17+02:00
	Prüfinformation	Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels bzw. der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://www.signaturpruefung.gv.at Informationen zur Prüfung des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.bundeskanzleramt.gv.at/verifizierung
	Hinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-09-30T16:13:28+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	